



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2012/10570**
Datum: 20.04.2012
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Herr Oliver Paulsen
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	12.04.2012	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	18.04.2012	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	25.04.2012	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Einbringung doppischer Haushalt 2012" (Vorlagen-
Nummer: V/2011/10306) – hier Produkt 1.12209
„Einwohnerangelegenheiten,,

Beschlussvorschlag:

Im Produkt 1.12209 „Einwohnerangelegenheiten“ (Amt für Bürgerservice) werden im Haushalt 2012 Aufwendungen in Höhe von 240.000 € für eine Fortsetzung der Erstwohnsitzkampagne der Stadt Halle (Saale) eingestellt.

gez. Oliver Paulsen
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Noch im vergangenen Jahr hat der Stadtrat der Stadt Halle einem Vorschlag der Stadtverwaltung zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 192.000 € für einen einmaligen Zuschuss zum Semesterbeitrag und zum Semesterticket an Studierende mit Hauptwohnsitz in Halle (Saale) zugestimmt. Geschätzt wurde insofern aufgrund des Rechnungsergebnis des Jahres 2009, dass für ca. 1500 Studenten/Jahr je 128 € aufgewendet werden müssen. Im Jahr 2010 wurden nach dem vorliegenden Rechnungsergebnis 240.000 € aufgewendet.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt vor, die Erstwohnsitzkampagne auch im aktuellen Haushaltsjahr fortzuführen.

Entsprechend der Antwort auf unsere Stadtratsanfrage zu den Ergebnissen der Hauptwohnsitzkampagne 2009 (V/2010/08705) ist davon auszugehen, dass Aufwendungen der Stadt durch gesteigerte Mehreinnahmen bei den allgemeinen Zuweisungen des Finanzausgleichsgesetzes mehr als ausgeglichen werden und so ein positives Ergebnis auch für 2012 zu erwarten ist. Dem mit dem Haushaltsentwurf 2012 verbundenen Vorschlag der Stadtverwaltung zur Streichung der betreffenden Mittel sollte daher nicht gefolgt werden.

Anlage:

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Ergebnissen der Hauptwohnsitzkampagne 2009 (Vorlagen-Nummer: V/2010/08705)